

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M., (beson. 27 Pf. monatlich für Lieferung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Bekleidungsbehalten. Auslandbezugsmittel 5,95 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 4,95 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Woll und Seil“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseitige Millimeterzelle 20 Pf., 2-Kamerzelle 2.- M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 20 Pf., wöchentlich zwei fertige Blattzettel je 20 weitere Blatt 10 Pf., Abblatt 11. April. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimeterzelle 20 Pf., Familienanzeigen-Millimeterzelle 10 Pf., Tagesannoncen im Hauptgeschäftskontexte 2. wöchentlich 20 Pf., bis 15. März. Der Betrag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Anzahl: 2000 (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. H. u. Tisch-Gel., Depositent., Jerusalemstr. 65/66.

# SA-Spionage in der Polizei

Polizeifunksprüche bespioniert. — SA soll illegal fortgesetzt werden.

Darmstadt, 15. April (Eigenbericht).

Unlich wird mitgeteilt: Wenn der sächsische Landtagsabgeordnete der NSDAP, Studentowitsch dieser Tage, nach dem Verbot der SA, in einer Leipziger Versammlung mitgeteilt hat, es könne niemand wissen, ob sich die SA-Mitglieder nicht in Form irgendeines Regelclubs weiter zusammenschließen, so ist in dessen komplettes Material gefunden worden, aus dem hervorgeht, daß die Fortführung der SA und SS in dieser illegalen Form bereits bis ins kleinste durchorganisiert ist. Der Polizei ist ein großes Paket Geheimmaterial der heftigen SS-Führer in die Hände gefallen, in dem sich über ganz Hessen verteilt zahlreiche Geheimadressen und Angaben darüber befinden, wie die SA in den einzelnen Orten als Gesangsvereine, Regelclubs, Staffclubs oder Bog- und Sportvereine weiter zu bestehen gedenkt.

Außerordentlich aufschlußreich für die systematische Bespionierung und für die Verteilung zum Verrat von Dienstgeheimnissen hoher und höchster Amtsstellen sowie der Polizei durch SA- und SS-Funktionäre ist ein Dokument, das ebenfalls bei den Aktenstücken eines hohen SS-Führers gefunden wurde. Es ist der Brief des

Reichstagsabgeordneten Weigel, Oberführer der Gruppe V West der SS in Düsseldorf, in dem den SS-Führern der Westpart die wichtigsten preussischen Polizeifunksprüche, die nach einem nur wenigen Personen bekannten Geheimschlüssel gefunkt wurden, übertragen mitgeteilt wird. Es handelt sich um die Funkprüche SSd, Berlin Nr. 82, 12. III. 1932 und SSd Nr. 111 Worte 131 vom 11. III. 1935. Der Brief, der offensichtlich auch an die anderen dem Oberführer unterstellten Stellen lief, lautet:

„Anliegend Abchrift eines Telegramms des Ministers Severing zur Kenntnis. Das gleiche Telegramm fand ich heute sämtlichen Gauleitern zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Alles Nähere hierüber am Samstag, geg. Weigel. Der SS-Gruppenführer Weigel.“

Schließlich ist für den Charakter der SS noch folgendes kennzeichnend. Es wurde eine Reihe von ledernen Aktenmappen bei den höheren Führern beschlagnahmt. Bei diesen Aktenmappen war kaum eine, aus der nicht beim Öffnen eine scharf geladene Pistole herausfiel.

# Kulturpolitik in Preußen.

Zum preussischen Wahlkampf.

Von Leopold Jessner.

Mehr als je können wir Sozialisten darauf hinweisen, daß wir in größtem Ausmaße von jeder Kulturpolitik getrieben haben. Zu einer Zeit, in der die Nationalsozialisten mit Bild, Schrift und Rede für ihre Wunschziele kämpfen, können wir mit Kraft und Klarheit ihnen die großen Ideen entgegensetzen, die sich in der sozialistischen Bewegung nüttern und machtvoll verkörpern. Nicht nur der klingenden Phrase können wir mit abwehrender Haltung begegnen, den Gefühlsrausch vermordener Romantik mit nüchterner Kritik zur Besinnung bringen. Wir können gerade unsere Jugend darauf hinweisen, daß unsere Bewegung auf Gedanken aufgebaut ist, die von großen Männern nicht nur erträumt, sondern durchdacht worden sind. Nicht schwärmerische Gefühlsimpulse haben unsere sozialistische Weltanschauung aufgebaut. An der Wiege des Sozialismus standen Wissenschaft, nüchterner Verstand und Erkenntnis. Und nur, wenn das Gefühl sich vom Verstand kontrollieren läßt, kann es auf die Dauer schöpferisch werden und Wirklichkeit auszumachen.

Sehr deutlich wollen wir unserer Jugend sagen, daß die Sozialdemokratie niemals eine reine Lohnbewegung gewesen ist. Es ist nicht wahr und eine dreiste Verleumdung, wenn man gerade den Jüngeren weismachen will, daß sich der Sozialismus als „rein materialistische Bewegung“ nur um das leibliche Wohl seiner Arbeiter kümmere, höhere Ansprüche des seelischen und geistigen Lebens aber unberücksichtigt lasse. Man könne — so sagt man unter den jüngeren Menschen — für das Essen nicht dauernd begeistert sein — und aus diesem Grunde habe der Nationalismus mit seiner Gefühlsbetontheit vor der Weltanschauung der Sozialdemokratie einen größeren Vorsprung.

Aber die Gefühlswerte jener reaktionären Paraden wirken auf den ruhigen Betrachter wie Ritzsch — und gerade der Künstler fühlt sich berufen, die Pathetik von großtönenden Worten zurückzuweisen, mit denen der Nationalsozialist seine Gefühle nicht nur ausdrückt, sondern sie martialischerisch platziert. Er will mit hohen Worten betäuben, er will „gewinnen“, mit Gefühlen Politik und Beschäfte machen. Um so entschiedener werden wir Sozialdemokraten uns an die „heilige Nüchternheit“ zurückerinnern, die gerade deutsche Dichter von deutschen Kunst- und Gefühlswerten gefordert haben.

Von einer solchen „heiligen Nüchternheit“ sind die Ideen der Sozialdemokratie. Jeder Mensch, der sich an ihnen begeistert, kann sie mit nüchternem Verstande nachprüfen. Die Sozialdemokratie trieb nicht nur Lohnpolitik, sondern eben von jeder Kulturpolitik. Sie verlangte nicht nur Brot, sondern auch „Spiele“ — nicht nur als billige Volksvergünstigungen, sondern als Befriedigung eines geistigen Triebes, den sie von jeher in jedem Menschen der Rasse voraussetzte. Gerade dieses ist ja der entscheidende Grundzug der Sozialdemokratie, daß sie der Rasse nicht nur ein Dasein, sondern ein menschenwürdiges Dasein verschaffen will. Sie sucht in der Rasse den Menschen herauszuspüren, ihn zu pflegen, seine Anlagen durch Verbesserung seiner Lebensbedingungen heranzubilden und zu entwickeln. Ein tiefer Glaube an das Gute im Menschen ist im Sozialismus eingewurzelt. Sozialismus ist Wille zur Menschenbildung und Menschenveredelung. Mensch: das ist für uns nicht nur der Leib, für den wir Nahrung und Nahrung im ausreichenden Maße sicherstellen wollen, sondern das ist gleichzeitig auch „des Menschen höchste Kraft“, die wir bei jedem einzelnen in der Rasse voraussetzen und für deren Befreiung wir kämpfen.

Darum lehnen wir für die Rasse jede Form von Unterwerfung ab, jede Form von Unselbständigkeit und Hörigkeit. Wir wollen nicht von den Menschen die Unterwerfung unter einen „Führer“, weil wir Aufgabe der eigenen Urteilskraft, Aufgabe der Selbstständigkeit überhaupt eines Menschen für unwürdig halten. Wir verabscheuen die Massenjuggestien. Das eigene Urteil ist es, das wir auch im notleidenden Arbeitslosen wachrufen wollen. Weil wir die höchsten Gaben des Menschen bei jedem in der Anlage voraussetzen, darum wollen wir auch weitgehendste Ausbildung dieser Anlagen jedem Menschen ermöglichen. Darum fordern wir freie Bahn für den Tüchtigen. Darum wollen wir, daß eine hochwertige Schulbildung nicht nur der besitzenden Klasse vorbehalten bleibt. ... Um den Menschen in seiner Geistigkeit zu veredeln, darum sorgen auch wir für die Pflege von Universitäten, deren zweckhaftem Besuch wir einem jeden — bei entsprechender Veranlagung — ermöglichen wollen. Um den Menschen auch der Rasse heranzuzüchten — darum bauen wir

# Für Recht und Verfassung!

Ein Rundschreiben des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Unmittelbar nach der Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA hat die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold das folgende Rundschreiben an alle Gauvorstände des Reichsbanners gerichtet:

Kameraden! Durch Verordnung des Herrn Reichspräsidenten ist die nationalsozialistische Partei-Armee aufgelöst worden.

Damit fällt für das Reichsbanner die Notwendigkeit fort, weiter in dem Bereitschaftszustand zu bleiben, der uns durch die Angriffsvorbereitungen der Nationalsozialisten aufgezwungen war. Die Bundesleitung ordnet demgemäß an: Im ganzen Reichsgebiet sind alle außerordentlichen Schutzmaßnahmen aufzuheben. Mit dem Fortfall der unmittelbar drohenden Angriffsgefahr hören die besonderen Funktionen auf, die der Schutz und den Sonderformationen übertragen wurden. In der Handhabung des Saakzuges ist, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten,

das Hauptgewicht auf die propagandistische Ausgestaltung der Versammlungen zu legen.

Vertrauen schafft Vertrauen! Das ganze Auftreten des Reichsbanners muß wie bisher unmissverständlich zum Ausdruck bringen, daß wir uns dem Staatswillen einordnen, die Staatsautorität stärken und stützen. Mehr noch: es kommt darauf an, bis in die Reihen unserer Gegner die Ueberzeugung zu tragen, daß das Reichsbanner niemals Staat im Staat sein wollte und sein will, daß wir nie daran gedacht haben und nicht daran denken, gegen Recht und Verfassung unsere Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

Mit der Wahl des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ist ein Sieg für Verfassung und Demokratie erritten, die Gefahr des unmittelbar drohenden Bürgerkrieges von Deutschland genommen. Unser Kampf um den inneren Frieden Deutschlands ist nicht umsonst gewesen. Die Abscheu von der Republik und den Republikanern, die sich nicht zu wehren verstehen, ist abgetan.

Seht das Werk der inneren Befriedung Deutschlands fort, werbt für republikanische Mehrheiten in den Länderparlamenten, die am 24. April neu gewählt werden!

Unsere ganze organisatorische und propagandistische Kraft setzen wir nunmehr ein für die eine große Aufgabe dieser Zeit: der Reichsregierung und allen, die guten Willens sind, zu helfen, die furchtbare Wirtschaftsnöte zu überwinden.

Die angeordneten Maßnahmen sind durchzuführen, ungeachtet des Umstandes, daß die beschlußfassenden Körperschaften des Reichsbanners mit Rücksicht auf die Länderwahlen erst nach dem 24. April zusammentreten können.

Wir werden, getreu unseren Bundeszählungen, weiterhin unsere Pflicht gegen Volk und Staat erfüllen.

Die Bundesleitung. A. H. 95: Hältermann.

Die Bekanntgabe des Rundschreibens ist eine Antwort auf das systematische Bestreben der Rechtspreffe, das Reichsbanner mit der inzwischen verbotenen Bürgerkriegsarmee Hitlers auf eine Stufe zu stellen.

# Altes und neues Preußen.

Für Gleichberechtigung der Arbeiterschaft.

Die Deutschnationalen schreien: „Die parteipolitische Stellenbesetzung in Preußen beglückte folgende Parteibuchinhaber: der frühere Steindruckere Braun wurde Ministerpräsident, der frühere technische Angestellte Lüdemann Finanzminister, der frühere Schlosser Severing Minister des Innern, der frühere Eisendreher Kürbis Oberpräsident von Schleswig-Holstein, der frühere Holzarbeiter (Korbmacher) Noske Oberpräsident von Hannover usw. usw. So sind Hunderte von roten Bonzen nur mit Hilfe ihres Parteibuches in amtliche Stellen gekommen, zu denen ihnen jede sachliche Vorbildung fehlte.“

Die Sozialdemokratie bekennt mit Stolz:

# Wir haben in der Verwaltung das Monopol von Adel und Junkertum gebrochen.

Wir haben einen Anfang mit der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in der preussischen Verwaltung gemacht. Wir wünschen, daß in Preußen die breiten Massen der Arbeiterschaft zur Staatsleitung herangezogen werden, so daß aus der formalen Gleichberechtigung die Mitarbeit der Arbeiter in allen Funktionen des Staates herauswächst.

Die Sozialdemokratie bekennt sich dazu, daß sie

# Männer aus dem Volke,

die nur die Volksschule besucht haben, die aber ihre Qualifikation zur Bekleidung maßgebender Verwaltungsämter durch ihre Tätigkeit im ehrenamtlichen Dienste für Gemeinden, Gewerkschaften und in Parlamenten erworben haben, zu Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräten und Ministerialbeamten gemacht hat.

# Das heutige System will im Gegensatz zum alten Preußen die Heranziehung aller Kräfte des gesamten Volkes.

Am 24. April wird darüber entschieden, ob die Arbeiterschaft weiter gleichberechtigt im Staat sein soll oder nicht. Wer für die Gleichberechtigung ist, muß die Führer der preussischen Sozialdemokratie wählen:

# Otto Braun u. Carl Severing

# Neue Nazi-Brutalitäten.

## Gegen singende Arbeiter.

Breslau, 15. April. (Eigenbericht.)

In Siebenbrunn, Kreis Löwenberg (Schlesien), kam es in einer öffentlichen Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Mitgliedern der SA. Als kurz vor Beendigung der Kundgebung von der Mehrheit der Besucher die „Internationale“ angestimmt wurde, brachen die anwesenden Nationalsozialisten ohne jeden Anlaß eine schwere Schlägerei vom Saune, in deren Verlauf zwei Reichsbannerkameraden und ein SA-Mann erheblich verletzt und die Saaleinrichtung zerkümmert wurde.

## Neue Unruhen in Breslau.

Breslau, 15. April. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistischen Tumulte in der Innenstadt dauerten auch am Freitag an. Ununterbrochen fuhrten Wagen und Polizeistreifen durch die Straßen. Immer wieder bildeten sich Ansammlungen, insbesondere in der Nähe des ehemaligen Braunen Hauses, so daß die Polizei des öfteren zum Einschreiten gezwungen war. Die Nazi-Romdies brüllten und tobten in den Straßen umher, betätigten friedliche Passanten und gingen, wenn sie sich in der Uebermacht befanden, sogar gegen Polizeibeamte tätlich vor. Fortgesetzt entwickelten sich Schlägereien, so daß die Polizei auch am Freitag in der Abwehr mehrmals den Gummiknüppel benutzen mußte.

Der Breslauer Polizeipräsident hat am Freitagabend an die Bevölkerung der schlesischen Hauptstadt die dringende Bitte gerichtet, sich an den unerlaubten Ansammlungen nicht zu beteiligen und den

infolge der nun schon seit Mittwoch andauernden Unruhen stark überanstrengten Polizeibeamten in ihren Bemühungen um Aufrechterhaltung der Ordnung nicht hinderlich zu sein.

## Das Verbot der Hitler-Jugend.

Hamburg hat am Freitag die Hitler-Jugend als eine Unterorganisation der SA der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verboten.

In Preußen ist die Hitler-Jugend bisher nur in Berlin verboten. Ein allgemeines Verbot ist jedoch bald zu erwarten.

## Krach im Oldenburgischen Landtag.

Am Freitag kam es im Oldenburgischen Landtag bei einer Debatte über die SA-Aufklärung zu Tumultszenen, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

## Eine Warnung an die Nazis in Kiel.

Kiel, 15. April.

Das Polizeipräsidium hat aus Anlaß der Ruhestörungen durch ehemalige SA- und SS-Leute der Kreisleitung der NSDAP mitgeteilt, daß weitere Veranstaltungen der NSDAP nur unter der Voraussetzung zugelassen würden, daß die Kreisleitung für ein diszipliniertes Verhalten ihrer Mitglieder auch nach beendeter Veranstaltung die Verantwortung übernehme. Die Auflösung der SA und SS befreie die Leitung der NSDAP nicht von der Verantwortung für das, was die Angehörigen der ehemaligen SA und SS bei oder im Anschluß an Parteiveranstaltungen unternähmen.

## Vaterlandsverrat.

### Nicht Entgleisung, sondern System!

Im „Angriff“ lesen wir im Feuilleton den folgenden Ausspruch von Adolf Hitler: „So wenig eine Hyäne vom Aase läßt, so wenig ein Nazist vom Vaterlandsverrat.“

Die Illustration zu diesem Satz liefert die Lauenburger Rede des Herrn Hitler, die ausgezeichnet zur Wahlpropaganda der Nazis in Ostpreußen paßt. Hitler hat diese Rede abzuleugnen versucht. Sie kann nicht abgeleugnet werden, vielmehr liegt in dieser Stellungnahme System. Wir lesen in den „Briefen nach Ostdeutschland“, herausgegeben von der Nationalpolitischen Arbeitsgemeinschaft:

„Noch schlimmer ist der Ausspruch eines nationalsozialistischen Redners Dargel, der nach einem Bericht der „Becksel-Zeitung“ bei einer Versammlung in Marienburg sagte:

„Die Nationalsozialisten sind jederzeit bereit, mit Gut und Blut ihre Heimat zu schützen — aber nur unter der Führung Adolf Hitlers.“

Diese Ansicht wird sicher nicht von der Masse der Nationalsozialisten geteilt. Denn sie ist das Unnatürlichste, was man sich überhaupt denken kann. Was würden die Nationalsozialisten sagen, wenn etwa der katholische Volksteil Deutschlands 1914 erklärt hätte: wir wollen nur dann für Deutschland kämpfen, wenn der katholische König von Bayern deutscher Kaiser wird.“

Diese „unnationalste“ Haltung ist nicht eine Entgleisung eines Redners. Sie ist System, und dies System hat Hitler in Lauenburg sanktioniert. Die Rede des Herrn Dargel zeigt, daß es ein System ist, und was insulgedessen von der nationalen Zuerlässigkeit der Nazis zu halten ist!

## Hitler will klagen.

Nach langwierigen Beratungen im Hotel Kaiserhof bei Hitler den Rechtsanwalt Lutzgebrunn beauftragt, auf dem Klagewege gegen die Auflösung der SA vorzugehen. Er behauptet, Hindenburg habe die Vertagung verlegt.

## Lektion für anmaßende Richter.

### Das Oberlandesgericht in Celle gegen die Justiz in Hannover

Das Oberlandesgericht in Celle hat dem hannoverschen Landesgericht als Berufungsinstanz eine schallende Ohrfeige versetzt. Es hat am Freitag auf die von Rechtsanwalt Dr. Kurt Hannover veranlaßte Berufung das gegen Kassel ergebene unhaltbare Urteil des hannoverschen Landgerichts aufgehoben und ausdrücklich festgestellt, daß von einer Willkürhandlung Kassel keine Rede sein könne. Das Oberlandesgericht hat außerdem die Auffassung Kasses und des preussischen Innenministers bestätigt, daß der Rechtsweg ausgeschlossen ist, da es sich um einen reinen Hoheitsakt Kasses gehandelt habe, über den die ordentlichen Gerichte nicht zu entscheiden haben.

## Reichsgericht gegen Klagges.

### „Volksfreund“-Verbot war zu Unrecht erfolgt.

Braunschweig, 15. April. (Eigenbericht.)

Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat neuerdings auch vom Reichsgericht eine Abfuhr erhalten, die er sich sicherlich merken wird.

Am 16. März wurde der braunschweigische „Volksfreund“ von Klagges auf vier Wochen verboten. Dieses Verbot wurde feinerzeit auf Grund einer Beschwerde des „Volksfreund“-Verlages vom Reichsinnenminister aufgehoben. Das Reichsgericht hat diese Aufhebung bestätigt und zur Zahlung der Kosten des Verfahrens den braunschweigischen Staat verurteilt.

Klagges hatte das Verbot des „Volksfreundes“ wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgesprochen, die er in folgendem Satz eines vom Braunschweiger „Volksfreund“ veröffentlichten Artikels erblickt: „Es wird alles darauf ankommen, die neuen Formationen der deutschen Arbeiterkraft und der republikanischen Verbände so zu stärken, daß es im Ernstfall gelingt, die Rebellen gegen Staat und Ordnung auch ohne den gleichzeitigen Einsatz der staatlichen Rechtsmittel niederzuknüppeln.“

Dazu bemerkt das Reichsgericht in seiner jetzt schriftlich vor-

liegenden Verfügung: „Der Auffassung des Herrn Klagges kann nicht beigegeben werden. Der beanstandete Satz darf nicht für sich allein betrachtet, sondern muß in dem Zusammenhang gewürdigt werden, in dem er steht. Der letzte Absatz des Artikels lautet: „Noch ist die Aufgabe der Eisernen Front keineswegs gelöst. Es wird alles darauf ankommen, die neuen Formationen der deutschen Arbeiterkraft und der republikanischen Verbände so zu stärken, daß es im Ernstfall gelingt, die Rebellen gegen Staat und Ordnung auch ohne den gleichzeitigen Einsatz der staatlichen Rechtsmittel niederzuknüppeln.“

Wir Republikaner wollen nicht, daß der Kampf zweier Systeme auf der Straße entschieden wird, aber niemand kann uns verwehren, zu dem gleichen Mittel zu greifen, wenn die maßpolitischer Führung des Staates verlagert und die Segner der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sich anschließen, eine gewalttätige Entscheidung herbeizuführen.“

In diesem Zusammenhang kann der beanstandete Satz nur dahin ausgelegt werden, daß die Eisernen Front erst dann in Aktion zu treten beabsichtigt, wenn „der Ernstfall eintritt, das heißt, wenn die politische Führung des Staates verlagert und die Rebellen gegen Staat und Ordnung eine gewalttätige Entscheidung herbeizuführen wollen“. Die Aktion der Eisernen Front soll also durch Ereignisse bedingt sein, von denen es fraglich ist, ob sie in der Zukunft eintreten.“ Eine sofortige Maßnahme gegen den politischen Gegner wird nicht in Aussicht genommen. Soweit Vorbereitungen zum Zwecke der Stärkung der Eisernen Front als nötig bezeichnet werden oder soweit solche Vorbereitungen durch den Artikel beim Gegner veranlaßt werden, geschieht auch das nach dem Sinne des Artikels nur wegen des etwaigen „Ernstfalles“. Der § 2 Absatz 2 Ziffer 2 der Verordnung vom 10. August 1931 hat aber nur eine gegenwärtige Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Auge. Schon aus diesem Grunde kann das Verbot nicht als begründet erachtet werden, ganz abgesehen von der Frage, ob in dem Kampf gegen einen den Staat bedrohenden Angreifer und in der Vorbereitung eines solchen Kampfes eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung liegt.“

## Kamerad Hitler.

### Seine Klage gegen das „Hamburger Echo“ war ein Reinfall

Hamburg, 15. April.

In dem Rechtsstreit Adolf Hitlers gegen den Verlag des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ wegen verbotswidriger Verbreitung des Artikels „Kamerad Hitler“ verurteilte die Zivilkammer II des Landgerichts Hamburg am Mittwoch einen Beschuß. Hitler hatte durch den nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Kurt Engels vor dem Erscheinen des Artikels am 27. Februar eine einstweilige Verfügung des Landgerichts erwirkt, die dem „Echo“ unter Androhung einer Geldstrafe oder Haftstrafe verbot, den Artikel zu verbreiten. Diese Verfügung wurde am selben Tage um 13 Uhr dem Verlag des „Echo“ zugestellt. Gleichzeitig lieferte der Verlag um 14.30 Uhr 15 Uhr Zeitungen an Großabnehmer aus. Durch Einschreibbriefe verständigte dann der Verlag die Großverleiher, daß die Zeitung mit dem Artikel nicht mehr verkauft werden dürfe. Diese Einschreibbriefe erreichten die Empfänger erst am 29. Februar, nachdem die Zeitungen natürlich größtenteils verkauft worden waren. Daraufhin stellte Rechtsanwalt Dr. Kurt Engels in Verlang der einstweiligen Verfügung Strafantrag gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Hamburger Echo“, Braune, und die Verlagsfirma Kuer u. Co. In dieser Sache beschloß jetzt die Zivilkammer II des Amtsgerichts, den Strafantrag gegen Braune in vollem Umfang zurückzuziehen. Kuer u. Co. wird aufgelegt, innerhalb einer Woche bestimmte Fragen des Gerichts zu beantworten und unter Beweis zu stellen.

## Nazi-Dreher berichtet.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dreher schickt uns zu Behauptungen des kommunistischen Rechtsanwalts Osch in Scheringer-Prozess die folgende S-11-Berichtigung:

„Es ist un wahr, daß ich den Gebührengarbehalt von 70,50 M. in Empfang genommen habe, ohne an die Rückzahlung zu denken.“ Wahr ist, daß der Gebührengarbehalt von 70,50 M. am 1. April 2 Stunden nach Empfang von mir persönlich auf dem Postamt I in a. d. D. an den Rechtsanwalt Osch, in Offen, laut Postquittung eingezahlt wurde.

Kommunist und Nazi mögen sich bundesbrüderlich darüber auseinanderlegen, wer recht hat.

Flamenzweidheit im belgischen Bruc. Von den belgischen Lehrern dieses Jahres haben 31 823 die flämische, 18 688 die französische und 278 (aus Cupen und Weimede) die deutsche Sprache für den militärischen Unterricht gewählt.

Siedlungen und schmucken öffentliche Plätze mit naturhaft empfundenen Kunstwerken — nicht mit Reiterdarstellungen von „Herrenmenschen“, die schon durch ihren Ausruf in ihrer volksfremden Ausnahmestellung gekennzeichnet sind. Und weil wir den „Menschen“ überall in der Masse wahrufen, darum haben auch die ehemaligen Hoftheater mit der Staatsumwälzung überall in wirkliche Volkstheater umzuwandeln versucht. Auf diesen Bühnen konnte nach vor dem Kriege die Stimme des Volkes nicht laut werden. Für die sozialen und menschlichen Dramen eines Gerhart Hauptmann war in den Hoftheatern kein Platz. Auch hier wurden volksfremde Historie, Glanz und Vorrachtsstellung von Fürsten und die Wohlhabenheit von Bürgern zur Darstellung gebracht. Und auch da, wo man — bei Kleist etwa — auf allgemein menschliche Probleme stieß, wurde mehr das Gefühlsmoment des Höhenzollerischen, Nationalistischen herausgestellt.

Es ist nur ein Zeichen der Zeit, und ein alarmierendes Zeichen, wenn sich unser freihelliches Staatstheater als Volkstheater nicht mehr halten können. Hier zuerst kam es zu einem bedeutlichen Sieg der Kulturreaktion. Man mag es in den Zeitungen nachlesen, wie die Rechtsopposition Staatstheaterkrisen und Eingaben im Landtag arrangierte, als die Berliner Staatsbühnen noch ganz auf der Höhe standen. Zu einer Zeit, als Schauspieler und Regisseure letzte Kräfte hergaben und letztmögliche Leistungen formten, haben deutschnationale und volksparteiliche Abgeordnete in den Parlamenten interpelliert und ihre kunstfremden und parteipolitischen Gesichtspunkte ihrerseits ins Eigenleben der Staatstheater getragen. Nicht wir, sondern unsere Gegner haben erstmalig das Theater politisiert. Denn unser Theater war ein reines Besinnungstheater, ganz jenseits der Interessen einer parteipolitischen Propaganda. Niemals haben wir Tendenzstücke gespielt. Niemals haben wir an den Staatsbühnen etwas anderes als reine Kunst geben wollen, die zwar immer der künstlerische Ausdruck unserer Weltanschauung gewesen ist. Wir sind den Mitteln der Kunst und der Kunst selbst treu geblieben, als man Tendenz und parteipolitische Propaganda von uns forderte. Aber man hat unserem Staatstheater den Kampf angejagt, weil man auch unsere Kunst als den Ausdruck unserer „menschlich“ gerichteten Weltanschauung hat befehlen wollen. Weil man das Theater zur Propaganda für „Subordination“, Militarismus und Interessen des überwundenen Feudalismus benötigte.

Trotz aller Widerstände werden wir uns nicht beirren lassen. Wieder und wieder hat die Sozialdemokratie ihren Gedanken zum Siege verholfen. Schon vor dem Kriege hat sie mit Bildungsvereinen und Organisationen der Volkshühnen allen reaktionären Bestrebungen wirksame Kulturpolitik entgegengekehrt. Allen Rückschlägen zum Trotz legen wir uns in die Front, und an Volkshühnen und öffentlich-rechtlichen Theatern (Landestheatern) werden wir weiterhin diejenige Kunst pflegen und fördern, für die wir uns aus Gründen unserer Weltanschauung einsetzen.

Wir Sozialdemokraten haben seit der Staatsumwälzung überall in die kleinen Städte und auf das Land wertvolle Theaterkultur getragen. Wir haben die Grenzbezirke des deutschen Landes dabei besonders bedacht. Wir haben dort für ein bedrohtes Deutschtum gewirkt, indem wir uns dort für deutsches Volksempfinden auch von der Bühne her einsetzten. Dafür kämpfen wir auch weiterhin! Nicht für ein nationalstiftisches Empfinden, sondern für ein deutsches Volksempfinden, eine deutsche Kulturansinnung, die in der Sozialdemokratischen Partei ihre beste Schühlerin und Vorkämpferin gefunden hat!

## Sündenbock Thälmann.

### Sein Neumann sagt.

Die schwere Niederlage der SPD. am 10. April hat in Moskau nicht geringes Entsetzen verursacht. Sowjetrundfunk und Presse beschönigen zwar nach Kräften das Resultat, aber eine Moskauer Sendung hat doch zugegeben, daß das Ergebnis für Thälmann beschämend sei und nur durch taktische Fehler erklärt werden könne. Moskau sagte, daß alles verhindert werden müsse, was jetzt vor der Preußenwahl die Wahl- und Propagandarbeit der SPD. stören könnte. Aber nachher werde noch über die Arbeit der deutschen Kommunisten für die Präsidentenwahl sehr viel zu reden sein.

Dazu erfährt man, daß in Moskau die Stimmung für die deutsche Komintern-Abteilung und für Thälmann nicht sehr günstig ist. Im Kreml war man ja schon immer mit der Arbeit der Komintern-Abteilung sehr unzufrieden. In der letzten Zeit ist sehr deutlich zu bemerken, wie die Sowjetpresse und der Sowjetrundfunk Heinz Neumann lobhudelei, während über Thälmann kein gutes Wort zu hören ist. Neumann, der die Rechte Stalins geheiratet hat und als der besondere Liebling Stalins gilt, soll sich nach dem Wahlkampf nicht sehr anerkennend über die Arbeit Thälmanns geäußert haben, während Thälmann jetzt durch Erklärungen für die Sowjetpresse und den Sowjetrundfunk versucht, seine Niederlage zu entschuldigen. Sehr auffällig ist nach jedenfalls folgender Satz eines Redners im Moskauer Rundfunk: „Der Parteiparat der SPD. muß erneuert werden, um schlagfertiger zu sein!“

## Die Geschichte von Goebbels Wagen.

### Die Hauptsache für Hitler und Goebbels.

Gestern telephonierten die Herren Hitler und Goebbels gemeinsam beim Reichsinnenminister Groener an und führten in höchster Aufregung Beschwerde. Woüber? Ueber das Verbot der SA? Mit nichten — viel Wichtigeres war geschehen, was den Herren viel mehr am Herzen lag! Unter wüden Vermahnungen behaupteten sie, die Polizei habe den Wagen des Herrn Goebbels beschlagnahmt, nun ständen sie ohne Wagen da. Sie fragten Herrn Groener, was sie denn nun tun sollten! Dem Vernehmen nach soll Herr Groener geantwortet haben: „Nehmen Sie eine Taxis!“

Vor dem traurigen Schicksal, zu Fuß gehen zu müssen wie gewöhnliche Sterbliche oder eine Autodrosche nehmen zu müssen, blieben die Herren Hitler und Goebbels indessen bewahrt. Das Auto des Herrn Goebbels fand sich an, es war überhaupt nicht beschlagnahmt worden.

# Wie die SA. Terror übte.

## Erfahrungen des Jungdeutschen Ordens.

Der Jungdeutsche Orden veröffentlicht seine Erfahrungen bei der Wahlpropaganda für Hindenburg. Wir entnehmen den Berichten folgendes:

„Am Altonaer Hauptbahnhof, wo die Volksfeste wieder einmal ins Kochen geraten war, hatte sich bald ein johlender Nazihaufen um den Wagen geschart. Die Anwesenheit der Polizei hielt diese Edeltiere in Schach, doch bald erteilte mich das Befehl. Auf einem unserer nächsten Halteplätze wurde ich beim Flugblattverbreiten von der Hitler-Reute aus dem Wagen gezerrt und mit Häufen bearbeitet. Durch Waschlappen meiner Brille erhielt ich mehrere Schnittwunden im Gesicht, und unter dem Ruf „Nazihaufen ist ein Schweinehund!“ wurden mir wichtige Kinnhöfen verpaßt.“

Nach diesem Aufruhr begann am kommenden Montag die Reise nach dem nördlichen Hannover. In Lötstedt rannte ein brutaler, wildgewordener SA-Mann (früher Kommunist, jetzt wütender Hitlerist) mit gezücktem Messer um den Wagen herum, ein geeignetes Objekt für seinen Blutdurst suchend. Die Polizei nahm sich keiner an.

Die Bruderschaft Braunschweig setzte sich trotz schärfsten Naziterror durch Postkraftwagen für Hindenburg ein. Die wehenden Sturmflaggen des Jungdeutschen Ordens erregten die höchste Wut der Nationalsozialisten. Besonders Frauen gebärdeten sich hysterisch. Hitler-Jungen verfolgten das Auto mit Rädern und riefen Freundschaften hinaus wie: „Im Dritten Reich werden wir mit euren Köpfen Fußball spielen“ u. a. Vor der SA-Hauptgeschäftsstelle, am Bruchtorwall, stürzten auf ein Weisensignal 50 Mann SA in Militärmänteln heraus, die versuchten, die Leinwand mit den Aufschriften und die Sturmflaggen an sich zu reißen. Es gab eine Schlägerei, bei der die Befestigung des Wagens mit Aufschriften für Hindenburg zwar zerrissen wurde, alle Sturmflaggen aber in der Hand der Jungdeutschen blieben.

Ein jungdeutsches Kampfpaar wurde in Ober-Hilversheim (Rhein-Hessen) von einer nationalsozialistischen Uebermacht überfallen. Die Nationalsozialisten warfen mit Flaschen und anderen Gegenständen durch die Autofenster hindurch. Bruder Klein aus Wiesbaden wurde vom Wagen getrennt und zu Boden geschlagen. Die ärztliche Untersuchung stellte fest: der ganze Körper zeigt Spuren rohester Mißhandlung.

Kurz vor der Wahl setzte die Bruderschaft Heiden einen besonderen Lastwagen zur nochmaligen Bearbeitung des Kreises Eckartsberga an. Auf der Fahrt wurden 25 Ortsgruppen bearbeitet. Die Nationalsozialisten verurteilten die Propaganda für Hindenburg mit allen Mitteln zu stören. In Donnorf wurden zwei Knebel, welche auf den Leitern standen, durch ein von einem SA-Mann geführtes Auto umgerissen. Der Großmeister der Bruderschaft Heiden erließ dabei einen Weisbruch. In Schillingstedt wurden die Jungdeutschen von mit Schaufeln, Hacken und Spaten bewaffneten SA-Banden überfallen.

In 40 Orten ereigneten sich Zusammenstöße ersterer Art. In fünf Orten (unter 8500) mußte die angeführte Aktion abgebrochen werden, da eine große Uebermacht von Gegnern die Wagenbesetzung verweigerte und das Werbematerial entwendet. In zwei anderen Fällen wurden Ordensmitglieder beim Verteilen von Flugblättern mißhandelt. In sieben Orten wurden die Kolonnen mit Stöcken verprügelt und mehrere Wunden versetzt. In der Gegend von Jüchen wurde eine Wagenbesetzung mit Steinwürfen geradezu überhört. Im ganzen sind 7 Mann schwer, 19 Mann leicht verletzt.

# Erst verleumden, dann kneifen!

## Razi-Kaufmann fürs Gericht krank. — Aber gesund genug zu einem Angriff auf die Polizei.

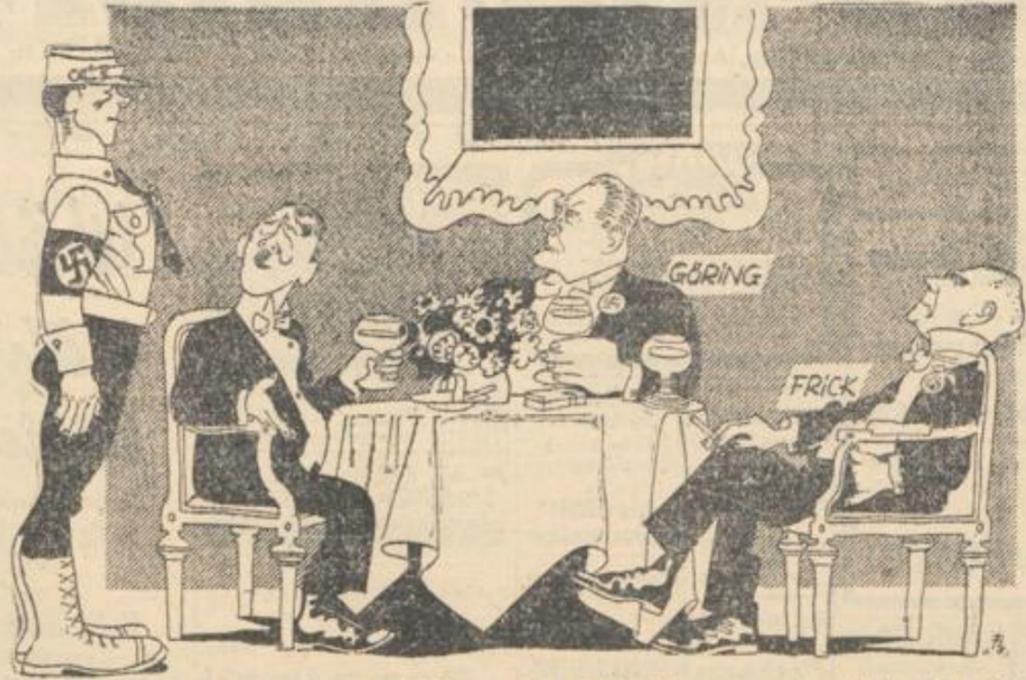
Der Reichstagsabgeordnete Karl Kaufmann ist eine Bierde der Nationalsozialistischen Partei. Als verantwortlicher Schriftleiter der „Nationalsozialistischen Blätter“ wurde er vom Schöffengericht Oranienburg wegen übler Nachrede in Beziehung auf den preussischen Ministerpräsidenten Brauns zu 1000 Mark Geldstrafe oder zu 100 Tagen Gefängnis verurteilt. Herr Gregor Straker hatte in einem Artikel über die Haltung Brauns in der Banzerkreuzerfrage gegen ihn den geschmackvollen Anwurf vorgebracht, er habe höchst wahrscheinlich seine noblen Passionen wie Keiten, Jagen und dergleichen mehr daher, daß seine Ehefrau wohl das Gefallen eines preussischen Junkers gefunden habe. Die drei Monate Gefängnis, zu denen Herr Gregor Straker für diesen Geistesblödsinn verurteilt worden ist, hat er als Reichstagsabgeordneter nicht abzubüßen brauchen. Das Urteil gegen Kaufmann ist aber noch nicht rechtskräftig, er hatte Berufung eingelegt, gestern stand Termin an.

An Stelle des Angeklagten war sein Anwalt Dr. Triefel erschienen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Antrag der Verteidigung auf Verlegung der Verhandlung vom Gericht abgelehnt und der Angeklagte danach telegraphisch nach Hamburg in Kenntnis gesetzt worden sei. Auf Antrag des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Stehning vorlas der Vorsitzende den vom Verteidiger am 14. April eingegangenen Antrag auf Verlegung der Verhandlung. Es hieß darin, Kaufmann sei an Grippe schwer erkrankt, liege zu Bett und könne nicht zum Termin erscheinen. Ein Krankheitszeugnis, ausgestellt vom Hamburger Arzt Dr. Lochmann, bestätigte die Angaben des Verteidigers und ausführte sich unter anderem dahin, daß der Patient vor 14 Tagen weder termin- noch reisefähig sein würde.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stehning machte darauf dem Gericht die Mitteilung, daß er am Donnerstag, dem 14. April, nach Eingang des Schriftsatzes der Verteidigung, sich mit der Hamburger Polizei in Verbindung gesetzt und in Erfahrung gebracht habe, daß Kaufmann am Abend des 15. April, also nach Ausstellung des ärztlichen Zeugnisses über seine Grippekrankheit, bei der Beteiligung am Gasangriff gegen die mit der Räumung des Gasbüros der NSDAP in Hamburg beauftragten Polizei teilgenommen worden sei. Auf diese Mitteilung hin habe er, der Staatsanwalt, einen Amtsarzt in Hamburg beauftragt, den Angeklagten auf seinen Gesundheitszustand zu untersuchen. Kaufmann habe sich aber gemeldet, sich untersuchen zu lassen. Es liege eindeutig Sabotage des Gerichts vor. Kaufmanns Ausschleichen sei nicht entschuldigend, seine Berufung sei zu verwerfen. Wegen des unrichtig ausgestellten Gesundheitszeugnisses habe er den Oberstaatsanwalt ersucht, gegen Dr. Lochmann ein Verfahren einzuleiten.

Rechtsanwalt Dr. Otto Landsberg als Rebellkläger schloß sich für den Ministerpräsidenten Brauns dem Antrage des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Stehning an und fügte hinzu, daß Kaufmann es verstanden habe, die Verhandlungen in der ersten Instanz sechs-mal aufzulegen zu lassen. Er lege seine Tatistik auch jetzt fort.

# Im Kaiserhof.



„Für die obdachlos gewordenen SA. werden Strohlager vorbereitet. Für MIB und MEK Gefolge bestellen Sie hier im Hotel Kaiserhof die gewohnten Zimmer.“

# Herrn und Knechte.

## Stroh auf Zement für SA. — tiefe Teppiche für den Gauleiter.

Frankfurt a. M., 15. April. (Eigenbericht.)

In Frankfurt wurde bei der Schließung der SA-Kasernen allerlei Material ans Tageslicht gefördert. Es gehörte bezeichnende Einblicke in die Mentalität der jetzt aufgelösten Hitler-Armee. Die Raziandstrolche mußten in kalten Fabrikräumen auf Stroh, das über Zementboden ausgestreut war, nächtigen. Jedes Obdachlosenschlaf ist als weitaus bessere Unterkunft zu betrachten.

In einer Razi-Kaserne waren unter der Flagge eines „Sportkursus“ 90 SA-Leute untergebracht, die besonders kärglich versorgt wurden. Diejenigen Teilnehmer des Sportkursus, die öffentliche Unterfütterung bezogen, waren verpflichtet, diese Unterfütterung an den Führer des Kursus abzuliefern. Die miserable Unterkunft und das kärgliche Essen wurden also aus der Tasche der SA-Leute hyn. aus Wohlhabensmitteln bezahlt.

Das Zimmer des Reichstagsabgeordneten und Razi-Gauleiters Sprenger im Frankfurter Braunen Haus läßt von der Armutseligkeit der Razi-Kasernen nichts ahnen. Dieses Zimmer, das ständig durch eine besondere Wache vor der Tür geschützt war, wurde jeden Generaldirektor eines kapitalistischen Konzerns vor Reich erlassen machen. Tiefe Teppiche bedecken den Boden, hochherzhaftliche Möbel prägnieren den großen staubüberladenen Raum. Herr Sprenger sah dazu natürlich an einem wunderpollen Sekretär.

Ein Fund verdient besonders erwähnt zu werden, weil er eine geradezu graufige Geschmacklosigkeit illustriert. Beschlagnahmt wurde u. a. auch ein Stoppel auf Vorrat gefertigter Kränzschleifen mit der gedruckten Aufschrift: Dem toten Kameraden... NSDAP. Hitler hat also seinen Getreuen anstatt eines warmen Bettes und eines ordentlichen Mittagessens lediglich die Aussicht auf eine rote mit dem Hakenkreuz geschmückte fabrikmäßig engros gefertigte Kränzschleife, in die nur noch der Name eingeseht zu werden brauchte.

## „Ihr politischen Schweine werdet mitgehängt.“

Darmstadt, 15. April. (Eigenbericht.)

Unter dem im Braunen Haus in Darmstadt gefundenen Material befand sich auch ein Brief, dessen Abfender der Gau-Gauleiter für Kriegesbeschädigtenfragen in der Gauleitung der NSDAP, Hessen, der Nationalsozialist Bengold ist. Der Empfänger des Briefes ist der bekannte nationalsozialistische Führer Oberlindeber-München, Mitglied des Reichstags. In diesem Schreiben beschwert sich der Schreiber über das Treiben der SA. und SS. im Braunen Haus. Es heißt darin u. a.:

Das Gericht verwarf die Berufung des Razi-Kaufmann mit der Begründung, daß es sein Ausschleichen für unentschuldigend halte, ein privatärztliches Attest genüge für das Gericht nicht, um so mehr, als das eingereichte durch die Beteiligung des Angeklagten am Gasangriff gegen die Polizei nicht mit dem wirklichen Gesundheitszustand des Angeklagten im Einklang stehe.

Zum Schluß wäre noch zu bemerken: Der inkriminierte Artikel ist erschienen am 15. März 1928. Also vor mehr als vier Jahren! Ein Beweis mehr, wie notwendig die Notverordnung war, die der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit gibt, herabwürdigungprozesse im Schnellverfahren zu erledigen. Das Gericht war im Verlauf der ersten Instanz sogar einmal gezwungen, Kaufmann zu verhaften.

# Paul Löbe in Hof.

## Zwei überfüllte Versammlungen.

Hof i. Bay., 15. April. (Eigenbericht.)

Der Reichstagspräsident Paul Löbe sprach in Hof in Bayern in zwei großen überfüllten Versammlungen, er wurde von den Voranwärtungsteilnehmern außerordentlich herzlich begrüßt und stürmisch gefeiert. Beide Versammlungen gestalteten sich zu einem großen Erfolg und zu einem gewaltigen Ereignis für die an der Nordostküste Bayerns liegende Stadt Hof. Paul Löbe erinnerte an die großen Leistungen der Sozialdemokratie, die sie nach dem Zusammenbruch 1918 in Zusammenarbeit mit den anderen Parteien, die mit ihr taufert waren, nachbrachte, die auch besonders in der Arbeiterpolitik den einzigen gangbaren Weg der Verständigungspolitik zeigte, den auch jede andere Partei beschreiben mußte, wenn sie verantwortungsbewußte Politik treiben wollte. Er rechnete mit den hohlen Phrasen der Nationalsozialisten gründlich ab, indem er das Widerwärtige ihrer Besprechungen klar kennzeichnete.

„Wenn man diese Menschen hört, so glaubt man, daß die Geschichte mit dem Dritten Reich eine Angelegenheit des Konditors sei, der auf Bestellung eines Bads, Herrgott, haben wir da noch eine Erziehungsarbeit vor uns, bis da nur einmal bei den sogenannten Führern die geistigen Grundlagen vorhanden sind. Wenn man sich aber mit diesen Menschen über Dinge unterhält, die über das Fressen, Saufen und Schlafen, möglichst mit einer angenehmen Nebenbeschäftigung hinausgehen, so erhält man höchstens die Antwort: „Ueber was für Böhmen Ihr politischen Schweine euch den Kopf zerbrecht! Das bishen wird von uns geschmissen und dann werdet ihr mitgehängt. Denn euch brauchen wir doch nicht. Die SA. macht das alles ganz allein.“ Nach deren Meinung fängt also das Dritte Reich mit einem großen Aufhängen derer an, die der SA. nicht angenehm sind. Da freue ich mich jetzt schon drauf, und hier in Hessen ist diese Stimmung durch die letzten „Taten“ noch verstärkt worden. Hier muß man raus, wenn man den Glauben an die Mission des deutschen Volkes nicht verlieren soll.“

Am Schluß des Briefes werden die SA-Leute als Säusubuden, Rindsköpfe und Egoisten sowie als Würmer bezeichnet, die alle positive Arbeit der Razi-Führer anessen.

# Die Kaiserhof-Rechnung für Hitler.

## Klageantrag auf Unterlassung der Behauptung der Fälschung

Die von der „Welt am Montag“ kürzlich veröffentlichte Rechnung des Hotels „Der Kaiserhof“ über 4048 Mark für den Aufenthalt Adolfs Hitlers und seiner Begleitung war von nationalsozialistischer Seite als Fälschung bezeichnet und auch von der Hotelverwaltung abgestritten worden. In der Presse der NSDAP. wurde angekündigt, daß Hitler das genannte Montagsblatt wegen dieser Veröffentlichung verklagen werde. Die „Welt am Montag“ teilt nun mit, daß sie, nachdem nach nunmehr 12 Tagen ihr eine solche Klage nicht zugestellt worden sei, jetzt ihrerseits gegen Hitler und Dr. Goebbels Klage mit dem Antrag erhoben habe, beiden Beklagten zu verbieten, die erwähnte Veröffentlichung des Blattes, das für die Richtigkeit seiner Behauptungen den Wahrheitsbeweis antreten will, als Lüge zu bezeichnen. Die 14. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin wird sich im Mai mit diesem Fall zu beschäftigen haben.

# Brüning in Genf.

## Seine Besprechungen mit den Staatsmännern.

Genf, 15. April. (Eigenbericht.)

Reichskanzler Dr. Brüning hat am Freitagabend nach seiner Ankunft in Genf die deutsche Presse empfangen. Er teilte mit, daß er nicht die Absicht habe, in die öffentliche Debatte der Abrüstungskonferenz einzugreifen. Der Zweck und Zeitpunkt seines Besuchs gelte vielmehr den Besprechungen mit den Staatsmännern über entscheidende Fragen der internationalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich immer mehr miteinander verknüpfen. Für die Entwicklung Deutschlands sei die Wahlentscheidung im Reichspräsidentenwahltag so wichtig gewesen, daß er persönlich sich verpflichtet gefühlt habe, in den Wahlkampf einzugreifen. Nur deshalb sei er nicht früher nach Genf gekommen. Seine Aufenthaltsdauer sei noch unbestimmt, doch werde er so lange bleiben, als es die Verhandlungen über Reparationen und Donauwirtschaftsfragen erforderten.

# Völkerbundsrat und Donauhilfsaktion.

Die am Freitag geführten Verhandlungen des Völkerbundsrats über die Finanzlage der Donauländer zeigten wiederum eindeutig, daß die Lösung des Reparationsproblems die Voraussetzung für jede wirtschaftliche Besserung darstellt. Besonders Bulgarien und Griechenland erklärten, daß mit den bisherigen Einzelmaßnahmen ohne eine grundlegende Veränderung nichts mehr erreicht werden könne.

In einer öffentlichen Sitzung behandelte der Rat am Freitag die vorläufige Finanzhilfe für Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland. Den einzelnen Ländern wurden Empfehlungen zur Reorganisation ihrer Wirtschaft erteilt und Kredite in Aussicht gestellt.



## Von einer Wassermühle zur andern.

### Wanderung um Strausberg.

In ein altes Mühltal führt unsere heutige Wanderung. Trotz modernster Maschinen, trotz raffiniertester Technik ist uns dennoch die Zeit von gestern nicht ganz fremd geworden. Noch immer fingen wir auf unseren Wanderungen das Lied vom „Mühlrad im kühlen Grunde“, und auch Schubert's Mühlenlieder werden durchaus noch nicht als überaltert empfunden. Sie muten an wie ein Gruß aus einer Vergangenheit, die ihre Schattenseiten hatte und die dennoch zur „guten alten Zeit“ wird.

Der Vorortzug fährt vom Schleißischen Bahnhof nach Strausberg. Hier wandern wir nach Osten, bis wir nach einem halben Kilometer die Chauffee Henrichsdorf—Strausberg erreichen, die durch die Strausberger Vorstadt führt. Aber schon nach einer Viertelstunde bei der Gaststätte Landhaus weist ein Schild uns nach rechts ins hübsche Annatal hinunter, das trotz der in den letzten Jahren hier entstandenen Siedlungsbauten seine Eigenart und landschaftliche Schönheit erhalten hat. Hier unien gleitet das Bäderkähle in langsamem Lauf nach Süden zum Siemigsee. Unser Weg führt an steilen Ufern vorbei nach 1 1/2 Kilometern zur Schlagmühle, die seit Jahrzehnten in ein beliebtes Gasthaus umgewandelt wurde. Leider ist das alte Mühlrad völlig zerfallen. Nur der Name erinnert noch an den lustigen Schlag des Mühlbetriebes.



Die alte Hegermühle

gebettet. Friedlich ruht noch das alte Mühlrad auf der hölzernen Welle, die die schäumende Wasserflut in früheren Tagen langsam drehen ließ. Leider wird auch dieses alte Rad zerfallen und dann nicht mehr ersetzt werden. Man hat kein Geld mehr in dieser Krisenzeit. Trotzdem sollten die Wirtse so etwas wie technische Denkmalpflege treiben. Auch der Großstädter von heute sieht gern noch ein Mühlrad. Der Gegensatz zu der treibenden Hast moderner Technik wird angenehm empfunden. Wir wollen ausspannen und sind gern bereit, für einige Stunden die Gegenwart zu vergessen.

Von der Hegermühle kann man abseits der Chauffee zur alten Stadt am Straussee wandern, deren Besuch immer wieder das Charakterbild einer märkischen Kleinstadt vermittelt. Schon im 13. Jahrhundert hatte Strausberg Stadtrechte. Als Erinnerung an diese alte Zeit ragen heute noch der Altlandsberger Turm und Reste der einstigen Stadtmauer auf. Das frühere Dominikanerkloster wurde in eine Erziehungsanstalt umgewandelt.

Von Strausberg-Stadt führt eine Fähre zum anderen Ufer. Von hier aus hat man einen wundervollen Blick auf die alte Siedlung. Ein herrlicher Waldweg führt nach etwa 3 Kilometer zur Spihmühle, die einst das schwache Getriebe zwischen Jäger- und Böhse ausmachte. Wer gut zu Fuß ist, kann von hier noch eine Wanderung nach Alt-Landsberg entweder über Buchholz oder durch die Alt-Landsberger Forst in südwestlicher und später in westlicher Richtung anschließen und von hier nach Hause fahren. Man kann auch durch den Wald am Böhse entlang in südlicher Richtung nach Eggersdorf und von hier zum Bahnhof Strausberg wandern. Weglängen: Bahnhof Strausberg-Stadt—Strausberg 6 Kilometer; Strausberg über Spihmühle—Eggersdorf nach Bahnhof Strausberg 9 Kilometer, Strausberg—Spihmühle—Alt-Landsberg 12 Kilometer.

## Die Not der Gemeinden.

Einkende Steuereinnahmen. — Steigende Wohlfahrtslasten. — Beratungen des Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages trat gestern zusammen, um zu der verhärteten finanziellen Kollage der Gemeinden Stellung zu nehmen. Berlins Oberbürgermeister Dr. Sahm berichtete in der Sitzung über die Unterredung, die er zusammen mit dem Stadtkämmerer Asch mit dem Reichskanzler Dr. Brüning hatte. Die Reichsregierung ist nunmehr über die außerordentlich ernste Situation, in der sich alle Gemeinden und Gemeindeverbände befinden, genauestens unterrichtet, zumal auch der Präsident des Städtetages, Dr. Mulert, über das gleiche Problem eine eingehende Aussprache mit dem Reichsfinanzminister Dietrich hatte.

Die letzten Monate haben gezeigt, daß selbst die pessimistischsten Schätzungen über die zu erwartenden Einnahmen aus Steuern und öffentlichen Betrieben noch bei weitem zu hoch angelegt waren. Auf der anderen Seite ist die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen so stark gestiegen, daß es jetzt unmöglich erscheint, die Kosten der Wohlfahrtsfürsorge den Gemeinden weiterhin ohne wirksame Hilfe aufzubürden. Die durchschnittliche Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen ist seit dem 1. Oktober vorigen Jahres um mehr als 60 Proz. gestiegen, und dabei hat das Reich den Zuschuß für die Wohlfahrts-erwerbslosen gegenüber dem Vorjahre noch weiter gekürzt. Das System der Fürsorge für die Erwerbslosen bedingt es, daß die Zahl der von den Gemeinden zu betreuenden Wohlfahrts-erwerbslosen auch dann steigt, wenn die Erwerbslosenziffer an sich zum Stehen gekommen ist.

Beschlüsse wurden in der gestrigen Sitzung noch nicht gefaßt. Der Vorstand des Städtetages wird heute noch einmal zusammenzutreten, um sich über die Vorschläge einig zu werden, die der Reichsregierung zur Behebung der schlimmsten Finanznot der Gemeinden unterbreitet werden sollen.

## Schreckenstat eines Bettlers.

Einer Frau das Auge ausgestochen.

Im Hause Treuenstraße 2 in Lichtenberg spielte sich gestern nachmittag ein furchtbarer Vorfall ab! Ein Bettler stieß mit einer Messingstange durch das Guckloch einer Wohnungstür und schlug einer 26 Jahre alten Frau Gertrud J., das linke Auge aus.

Gegen 15 Uhr weilte Frau J. allein in der Wohnung. Als es klingelte, blickte die Frau durch das Guckloch und sah einen Bettler stehen. Im selben Augenblick wurde von draußen eine Messingstange durch das Guckloch gestochen. Die Spitze der Stange drang der Wohnungstür in die linke Augenhöhle, so daß das Auge auslief. Auf die furchtbaren Schmerzensschreie der armen Frau ergriß der Knecht die Flucht. In wilden Sätzen stürmte er die Treppe hinunter. Hausbewohner, Passanten und zwei Polizeibeamte, die gerade des Weges kamen, nahmen die Verfolgung des Mannes auf. In wilder Jagd wurde er endlich an der Eisenbahnbrücke an der Strecke Lichtenberg—Friedrichsfelde gestellt. Nach kräftiger Gegenwehr wurde er überwältigt und nach seiner Vernehmung auf dem nächsten Polizeirevier ins Polizeipräsidium gebracht. Wie sich nachher herausstellte, hatte sich der Täter, ein mahnungsloser 34 Jahre alter Kurt Kachner, darüber geärgert, daß er bei seiner Betteltour im Hause Treuenstraße nirgends etwas erhalten hatte. In seiner Wut riß er dann eine Messingstange vom Treppenhäuser los und stieß sie mit großer Wucht durch das Guckloch.

Die Schwerverletzte fand in der Augenklinik der Charité Aufnahme.

## Vom niederfallenden Balken erschlagen.

Auf dem Hof des Grundstücks Ringstraße 16 in Friedenau ereignete sich ein schwerer Unfall, bei dem der 61 Jahre alte Bauarbeiter Gustav Zieger aus der Sachsenwaldstraße 3 ums Leben kam. Z. war mit mehreren Arbeitskollegen mit Abrüstungsarbeiten beschäftigt. In Höhe des dritten Stockwerks löste sich plötzlich aus noch unbekannter Ursache ein Balken und fiel in die Tiefe. Zieger wurde so unglücklich getroffen, daß er mit einem schweren Schädelbruch ins Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er kurze Zeit nach seiner Aufnahme starb.

Die Konjungenoffenschaft Berlin und Umgegend lädt für kommenden Sonntag, den 17. April, in der Zeit von 9 bis 12 Uhr zur Besichtigung ihrer umfangreichen Anlagen in Lichtenberg, Fittergutstraße 16/30, ein. Sachkundige Führer durch die umfangreichen und vielseitigen Betriebe stehen in genügender Zahl zur Verfügung.

## Der Feuerkampf am Stellwerk.

Einer der Täter festgenommen.

Auf dem Gelände des Anhalter Güterbahnhofs kam es vor einigen Tagen, wie wir berichteten, zu einem schweren Feuerkampf zwischen Bahnüberwachungsbeamten und Possdielen. Bei dem Kugelwechsel wurde der fünfzigjährige Bahnüberwachungsbeamte Max Spruch durch einen Bruchschuß niedergestreckt. Der verletzte Beamte liegt noch immer im Krankenhaus schwer danieder.

Auf dem Anhalter Bahnhof waren wiederholt Diebstähle vorgekommen, und trotz aller Sicherungsmaßnahmen gelang es den Dieben, die offenbar zu einer Spezialistenbande gehörten, immer wieder, Beute zu machen. Zwei Beamte hatten sich eines Nachts in einem D-Zug-Wagen versteckt, und als sie bereits mehrere Stunden dort verweilt hatten, sahen sie zwei Männer heranschleichen. Einer der beiden drang in den Wagen ein, und als er sich plötzlich zwei Beamten der Bahn gegenüber sah, gab er sofort Feuer. Insgesamt feuerte der Täter sieben Schüsse ab. Spruch brach bewußtlos zusammen, und während sich sein Kollege sofort um ihn kümmerte, konnten die Verbrecher ungehindert fliehen. Die Überwachungsbeamten vermochten von den mutmaßlichen Tätern jedoch eine genaue Beschreibung zu geben, und gestern wurde einer der beiden, ein 23jähriger Richard S., festgenommen.

S. streitet zunächst die Tat noch ab; da er aber der Polizei wegen ähnlicher Vergehen bereits bekannt ist, dürfte es bald gelingen, ihn zu überführen, falls er nicht vorher doch noch freiwillig ein Geständnis ablegt.

## Apotheken-Sonntagsdienst.

Es ist vielfach die Annahme verbreitet, daß die an Sonntagen dienthabenden Apotheken bei Inanspruchnahme einer besonderen Preisaufschlag erheben, wie er nach 9 Uhr abends in Gestalt der Nachttarife berechnet werden muß. Die Annahme ist irrig. Bis 8 Uhr abends sind auch an Sonntagen die Verkaufspreise der dienthabenden Apotheken nicht erhöht.

## Dem Vater Arbeit! Den Kindern Brot!

Alle Kraft für den Sieg der Liste Braun-Severing Arbeiter, Angestellte und Beamte wählt Liste 1

Sozialdemokraten! Werbt für den „Vorwärts“

# Weil uns das Interesse des Rauchers am höchsten stehen muß,



verzichten wir darauf, unsere Juno durch Beilegen von Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickerereien zu verteuern!

# JUNO

enthält den vollen Tabakwert, wie Sie ihn verlangen können!









# Falsche Front des Handwerks.

## Warum das Handwerk mit den Arbeitern und Angestellten gehen muß.

Das Handwerk ist durch die anhaltende Wirtschaftskrise in stärkster Mißlandschaft gezogen. Es ist wohl kaum zu hoch gegriffen, wenn man die Zahl der öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmenden „selbständigen“ Handwerker auf 20 Proz. schätzt. Es liegt auf der Hand, daß sich diese Entwicklung bei weiterem Einhalten der Krise, neuen Lohnabbauten und etwaigen weiteren Kürzungen in der sozialen Fürsorge noch bedeutend verschlimmern muß. Wird doch das Handwerk durch jede Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger infolge der dadurch bedingten Auftragsrückgänge in härtestem Maße sofort mitbetroffen.

**Daraus ergibt sich für das Handwerk das unbedingte Interesse an einer Lohn- und Sozialpolitik, deren Ziel es ist, eine Stärkung der Kaufkraft der Konsumentenmassen herbeizuführen.**

Betrachtet man aber die Stellung, die das Handwerk bisher in diesen Fragen eingenommen hat, so läßt sich nicht verkennen, daß es in seinen weitesten Kreisen von der Erkenntnis dieser Zusammenhänge noch weit entfernt ist. In völliger Verkennung seiner eigenen Interessen und Lebensnotwendigkeiten hat das Handwerk jede Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zu einer Kaufkraftsteigerung der breiten Bevölkerungsschichten hätte führen müssen, mit erbitterter Hartnäckigkeit bekämpft und sich damit zum Sklaven der Industrie gemacht, ohne zu sehen, daß dieses gleichbedeutend war mit einer wirtschaftlichen Selbstkastration, deren Folgen es jetzt deutlich zu spüren bekommt. Anstatt sich tatkräftig im eigenen Interesse mit für eine gesunde Lösung der sich ergebenden sozialpolitischen Aufgaben einzusetzen, hat es seine Kräfte in einer negativ eingestellten Kritik erschöpft und sich zudem in eine wirtschaftliche Vereinsamung hineinmanövriert, in der es sich selbst zerreiben muß.

Diese von den Organisationen des Handwerks bedauerlicherweise eingenommene falsche Frontstellung, die den eigenen Lebensinteressen absolut entgegengekehrt ist, ist an zahlreichen Fällen schlagend zu beweisen. Es sei hier nur auf die blinde Gefolgshaft hingewiesen, die

### Das Handwerk in der Frage der staatlichen Wohnungs- und Hauswirtschaft

der dagegen anerkennenden Rechtsparteien leistete. Anstatt mit allen Kräften dazu beizutragen, daß mit Hilfe der staatlichen Zwangswirtschaft eine Niedrighaltung der Mieten für private und gewerbliche Räume durchgesetzt wurde, stimmte es entgegen den Interessen seiner sich zu mindestens 95 Proz. aus kleinen Mietern zusammensetzenden Angehörigen für jede Lockerung derselben und erreichte damit lediglich, daß vielen Handwerkern infolge der darauf folgenden hohen Mieten die wirtschaftliche Existenz untergraben wurde. Ob es sich um das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung oder sonst eine sozialpolitische Frage handelte — ganz gleich.

### Das Handwerk ließ sich unter der falschen Führung keiner Organisationen in jedem einzelnen Falle zum Sturmbod der Interessen des Großkapitals machen und sich rücksichtslos von diesem anzuheben.

Das Handwerk hat in allen diesen Fragen den sicheren Instinkt vermissen lassen, der es an die Seite der Arbeiterschaft hätte führen müssen. Es ist eine Tragik für das Handwerk, daß es noch nicht die Kraft gefunden hat, sich von einer toten Tra-

dition zu befreien und sich auf den Boden der wirtschaftlichen und sozialen Realitäten zu stellen. Der Grund dafür ist nicht zuletzt in dem Umstände zu suchen, daß es den Organisationen gelungen ist, dem Handwerker mit dem Schlagwort von der drohenden „Verproletarisierung“ Scheuklappen anzulegen, die ihn hindern, den richtigen Weg zu beschreiten und zu erkennen, daß ihm diese „Verproletarisierung“ einzig und allein durch das ausbeutende Kartell- und Monopolkapital droht, das ihm täglich mehr den Boden für seine wirtschaftliche und kulturelle Existenz entzieht. Gerade die Angst vor dem Verlust einer eingebildeten höheren sozialen Stellung, die es aber in Wirklichkeit gar nicht mehr besitzt, ist es, die das Handwerk von der Erkenntnis abschließt, daß es seine wirtschaftliche Existenz nur dann behaupten können, wenn es bereit ist, sich rückhaltlos an die Seite der Arbeiterschaft zu stellen, von deren Kaufkraft es lebt.

Das Haupthindernis auf dem Wege zu dieser erforderlichen Um- und Einstellung des Handwerks bildet einmal eine durch die wirtschaftliche Entwicklung weit überholte und

### den heutigen Anforderungen in keiner Weise mehr gerecht werdende Gewerbegesetzgebung

und zum anderen, in weit schlimmerem Maße, eine Organisationsbürokratie, die für die Erfordernisse, die das heutige Wirtschaftsleben mit seiner Brutalität auch an das Handwerk stellt, nicht das geringste Verständnis aufzubringen vermag und zwischen Handwerk und Konsumentenschaft eine Mauer errichtet hat, die sich für das Handwerk immer schädigender erweisen muß.

Es hat sich im Handwerk eine Syndikatsclique festgesetzt und der „Führung“ bemächtigt, die ihre ganze Aufgabe darin erblickt, durch „Organisieren“, Konferieren, Protestieren und Kritizieren ihre „Daseinsnotwendigkeit“ dem mit auch heute noch größtem Respekt vor diesen „Handwerkernführern“ dastehenden Handwerksmeister zu „beweisen“ und ihn zu überzeugen, daß nur sie in der Lage sind, seine „berechtigten Belange“ zu vertreten. Von einer lebendigen Verbindung zwischen dem Handwerk und seinen Organisationen kann überhaupt keine Rede mehr sein.

Eine durchgreifende Neugestaltung des gesamten Organisationswesens im Handwerk ist daher dringend erforderlich. Es gilt, Männer in die Führung zu bringen, die in der Lage sind, die Interessen des Handwerks wirklich zu erkennen und die einsehen, daß

### das Handwerk im Kampfe um seine Existenz an die Seite der Arbeiterschaft gehört.

mit der es sich zu gemeinsamer Abwehr wirtschaftlicher und sozialer Reaktion auf Geheiß und Verderb verbinden muß. Nur dann kann es hoffen, für sich noch einmal wieder eine wirtschaftliche Besserstellung zu erzielen, die aber, wie immer wieder betont werden muß, nur über den Weg einer wirtschaftlichen Hebung der breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger möglich ist.

Ebenso notwendig aber wie die große organisatorische Umgestaltung ist es, daß auch jeder einzelne Handwerker schon von sich aus zu dieser Neugestaltung beiträgt und aus seiner Erkenntnis der sich zwangsläufig ergebenden Zusammenhänge heraus die Konsequenzen zieht und bei den kommenden Wahlen seine Stimme der Partei gibt, die mit den Arbeiterinteressen zwangsläufig auch die Handwerkerinteressen vertritt:

der Sozialdemokratischen Partei!

geht noch nicht zum Stillstand gekommen ist, an dieser Zusammenpressung der Außenhandelsumsätze wesentlichen Anteil. Aber besonders im Verlaufe des letzten Jahres hat das Umsichgreifen der Krise auf alle Länder und ihre Verschärfung in den hochkapitalistischen Industriestaaten zu einer unheimlichen Aushöhlung des Welt Handels, gemessen an den umgelegten Warenmengen, geführt.

## Welches System ist schuld?

### Die Hintergründe für die Milliardenpleite in USA.

Die Weltkrise bringt es an den Tag, was an den in fetten Jahren zu Halbgottern gemachten „Wirtschaftsführern“ ist. Kreuzer hat sich als wahrhaft genial erwiesen, leider nur in der Fähigkeit als Bilanz- und Obligationsfalscher. Jetzt wird der internationalen Finanzwelt ein neuer Stoß verlehrt: eine der größten amerikanischen Holdinggesellschaften, die Injull Utility Investments Incorporation ist in Konkurs gegangen.

Holdinggesellschaft — das ist die Gesellschaftsform, durch die das Finanzkapital seine Macht verleiht. Eine Holdinggesellschaft erwirbt Teile des Kapitals von Fabrikationsgesellschaften mit dem einzigen Zweck, sie zu beherrschen (sie zu ihren „Tochtergesellschaften“ zu machen). Die Holdinggesellschaft bestimmt die Geschäftspolitik (Aufträge) und die Gewinnverteilung. Hier in diesem Falle ist eine ganze Pyramide von Gesellschaften übereinander getürmt worden. Die Spitze war die Injull-Gesellschaft; darunter andere Holdinggesellschaften, so die Middle West Utilities Co. (die ihrerseits die Elektrizitätsgesellschaften von nicht weniger als 1400 Gemeinden in 20 Staaten beherrschte) und die Midland United Co. (die die Versorgungsunternehmen für 700 Gemeinden kontrolliert).

Um diese Machtposition zusammenzubringen, kaufte die Injull an den Börsen Aktien und Beteiligungen unter Benutzung hoher Kredite für 232 Mill. Dollar (fast eine Milliarde Mark) auf. Verhängnisvollerweise war der Zeitpunkt der Käufe gerade der der höchsten Börsenhausse (an einem Rückschlag glaubten die Wirtschaftsführer in Amerika ebensowenig wie in Deutschland). Heute aber sind alle diese Aktien gerade noch 27 Mill. Dollar wert, so daß die Injull einen Verlust von 205 Mill. Dollar oder 860 Mill. Mark erlitten hat. Jetzt war die Pleite nicht mehr zu vermeiden. — Die Leidtragenden werden die Banken, die die Kredite gaben, und etwa 90 000 Aktionäre (!) sein.

Die Auswirkungen dieses größten amerikanischen Konkurses lassen sich noch nicht überblicken. Die abhängige Dachgesellschaft Middle West Utilities Co. mußte ebenfalls in Konkurs gehen. Von dem 72jährigen Leiter des Konzerns, Samuel Injull, der als Privatlektreär Edisons seinen Weg machte, wird berichtet, daß die Betriebsgesellschaften unberührt bleiben werden, daß sie also für die Schulden der Dachgesellschaften nicht aufzukommen hätten. Nun — das ist eine Frage der finanziellen und juristischen Konstruktion. Eine Gefahr für die Betriebsgesellschaften, die meistens ihre Finanzgeschäfte über die Dachgesellschaft machen müssen, besteht jedenfalls — eine Warnung für die deutsche Öffentlichkeit, nicht die lebenswichtigen Versorgungsbetriebe in privatkapitalistische Hände gelangen zu lassen!

Welches System ist schuld an diesem Konkurs, an dieser Bedrohung der Versorgung von Tausenden von Städten, an diesen Verlusten von zahlreichen Kleinaktionären, die ihre Ersparnisse in den Aktien dieses berühmten Konzerns anlegten? Es ist der Privatkapitalismus, dem die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität gerade gut genug ist, damit zu spekulieren und Machtinteressen zu verfolgen. Vergeblich werden sich die Nazis und ihr schwerindustrieller Anhang bemühen, diesen Talbestand zu verflücken!

## Henschel arbeitet wieder.

### Neueinstellung von 1500-2000 Arbeitern und Angestellten.

Die größte deutsche Lokomotivfabrik, die Henschel u. Sohn A.-G. in Kassel, die im Januar ihre Betriebe stillgelegt hatte, wird am 9. Mai sämtliche Kasserer Betriebe wieder eröffnen.

Die Stilllegungszeit ist zur Umstellung des Werkes benutzt worden. Eine Mitteilung der Verwaltung besagt, daß für die Leistungsfähigkeit der vorhandenen drei Werke einstellende eine ausichtsreiche Beschäftigung nicht zu erzielen sei. Man will sich daher möglichst auf zwei Werke beschränken. Seit der Stilllegung im Januar sind eine Anzahl Aufträge angeammelt worden, und zwar auch von der Reichsbahn einige neue Lokomotiven außer dem vertraglich vorliegenden Jahresauftrag bestellt worden. Nach der Anlaufperiode kann mit einer Beschäftigung von 1500 bis 2000 Arbeitern und Angestellten gerechnet werden. Auslandsaufträge liegen nicht vor, da die vereinzelt Lokomotivprojekte meist von England und der Tschechoslowakei zu hoffnungslosen Preisen heringenommen wurden.

## Widerstandsfähige Maschinenkonzerne.

### Dividendenzahlung bei Wolf-Budan und Linde's Eismaschinen AG

Der Aufsichtsrat des führenden mitteldeutschen Maschinenkonzerns Wolf-Budan A.-G. hat beschlossen, bei einem Reingewinn von 764 411 M. für das Geschäftsjahr 1931 eine Dividende von 5 Proz. auszuschütten. Im vergangenen Jahre wurden bei 1,44 Millionen Mark Reingewinn 10 Proz. an die Aktionäre gezahlt. Von dem 12-Millionen-Mark-Kapital wurden zwei Millionen eigener Aktien eingezogen, wobei sich ein Buchgewinn von 105 000 M. ergibt, der dem gesetzlichen Reservefonds überwiesen wird.

Auch der Eismaschinen-Konzern (Gesellschaft für Linde's Eismaschinen A.-G. Wiesbaden), der in Deutschland und im Ausland ein weitverbreitetes Fabrikationsnetz besitzt, kann für das Geschäftsjahr 1931 eine, wenn auch stark gekürzte Dividende von 5 Proz. gegen 15 Proz. im vorhergehenden Jahre verteilen. Der Reingewinn ist von 3,19 auf 1,29 Millionen gesunken. Die Geschäftsberichte beider Unternehmen stehen noch aus.

Der Vergleich bei Junkers. Zwischen den Vertretern der Gläubiger und der Verwaltung von Junkers ist in den Verhandlungen der letzten Tage eine grundsätzliche Verständigung erzielt worden. Für Junkers Motorenbau G. m. b. H. und die Flugzeugwerke A.-G. ist ein gerichtlicher Vergleich so gut wie gesichert. Nach endgültigem Abschluß der Verhandlungen mit den Gläubigern werden vermutlich schon Anfang der kommenden Woche die notwendigen Anträge von Junkers zur Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens gestellt werden.

# Starke Schrumpfung des Außenhandels.

## Nur 890 Millionen Mark Gesamtumsatz. — Erhöhter Exportüberschuß.

In der jetzt veröffentlichten Außenhandelsbilanz für den Monat März kommt die wirtschaftliche Situation Deutschlands und die Auswirkung der internationalen Abwehrpolitik kraß zum Ausdruck. Das deutlichste Kennzeichen hierfür ist die weitere scharfe Schrumpfung des Gesamtumsatzes im Außenhandel, der nunmehr einen Tiefstand von 890 Millionen in den Einfuhr- und Ausfuhrumsätzen zusammen erreicht hat.

Die erhebliche Steigerung des Exportüberschusses von 86 auf 152 Millionen Mark — einschließlich der Reparationslieferungen beträgt der Ausfuhrüberschuß im März 163 gegen 97 Millionen im Februar — kann nicht als ein günstiges Zeichen bewertet werden, da die Stärkung des Exportüberschusses nicht aus einem Anwohnen der Ausfuhr, sondern

durch einen unerwartet scharfen Sturz der Einfuhr

herbeigerufen ist. Normalerweise wäre im Berichtsmonat eine saisonmäßige Steigerung der Ausfuhr zu erwarten gewesen, die jedoch infolge der scharfen Drosselungsmaßnahmen im Auslande nicht stattgefunden hat. Mengenmäßig hat sich der Export auf dem Stande des Februar gehalten, jedoch ist merklich infolge weiterer Preisrückgänge der deutsche Export von 537,7 auf 527 Millionen (einschließlich Reparationslieferungen) gesunken.

im März 1932

Ausfuhr	Wohlstand		Reparations-
	Einfuhr	Reparations-	
März	Febr.	März	März
1. Lebende Tiere . . . . .	2,1	1,6	—
2. Lebensmittel und Getränke . . . . .	112,8	13,6	0,0
3. Rohstoffe u. halbjährliche Waren 188,4	88,8	4,0	—
4. Fertige Waren . . . . .	60,3	410,0	7,0
Zusammen 1-4 . . . . .	363,6	516,0	11,0
5. Gold und Silber . . . . .	30,9	83,6	—

Wenn auch im Frühjahr regelmäßig ein Rückgang der Einfuhr stattzufinden pflegt — besonders gehen die Lebensmittelimporte zurück —, so ist doch der scharfe Sturz der Einfuhr im März um rund 17,5 Proz. durchaus anormal.

Mit nur noch 363,6 Millionen Mark Gesamteinfuhr ist im März ein Tiefstand erreicht, wie ihn der deutsche Außenhandel in diesem Jahrhundert noch nicht zu verzeichnen gehabt hat.

Herbeigerufen ist diese katastrophale Schrumpfung einmal durch die Devisennot in Deutschland, die mit der Kürzung der zugeleiteten Importbedürfnisse zwangsläufig die Einfuhr erschwert, und zum anderen kommt hierin die Beschäftigungslosigkeit der deutschen Industrie zum Ausdruck. Die Einfuhr ausländischer Rohstoffe, die schon seit dem Sommer vergangenen Jahres mit weniger als 300 Millionen Mark monatlich einen außerordentlich niedrigen Stand aufwies, ist im März bis auf 188,4 Millionen Mark gesunken. Der Umfang der Rohstoffeinfuhr ist aber das beste Barometer für den Beschäftigungsgrad in der verarbeitenden Industrie Deutschlands, so daß sich in diesem anhaltenden Schwund die Einfuhr ausländischer Rohstoffe am deutlichsten

### die Schärfe der deutschen Krise mit ihren mehr als sechs Millionen Arbeitslosen

in diesem Frühjahr widerspiegelt.

Die Einfuhr ist im Berichtsmonat gegenüber dem Februar um 77 auf 364 Millionen gesunken. Im einzelnen geht dieser Rückgang zu Lasten der Rohstoffe mit einer Mindereinfuhr von 42 Millionen, der Lebensmittel mit 20 Millionen und der Fertigwaren mit rund 15 Millionen Mindereinfuhr. Eine leichte Zunahme der Importe ist lediglich aus Rußland, Argentinien und Holland zu verzeichnen.

Die Zerstörungen, die die Krise in ihrem nunmehr fast dreijährigen Verlauf im deutschen Außenhandel angerichtet hat, werden aus folgender Tabelle ersichtlich. So betragen im Monats-

Gesamtumsatz	Einfuhr	Ausfuhr	Export-
(Einfuhr u. Ausfuhr)	(alles in Millionen Mark)		
1929 . . . . .	2245	1121	+ 3
1930 . . . . .	1869	866,1	+ 137
1931 . . . . .	1360,5	560,6	+ 240
Jan./März 32	890,2	414,7	+ 120,7

Danach ist also seit dem Beginn der Krise im Jahre 1929 der Gesamtumsatz des deutschen Außenhandels, Einfuhr und Ausfuhr zusammengerechnet, im Monatsdurchschnitt um fast 60 Proz. gesunken. Die Einfuhr ist in der gleichen Zeit um 63 Proz. und die Ausfuhr um 52 Proz. geschrumpft. Der Export an Fertigfabrikaten, die den weitaus wichtigsten Teil der deutschen Ausfuhr darstellen, ist um 49 Proz. gefallen. Natürlich hat der Erdrutsch aller Preise, der seit 1929 festgefunden hat und bis

# Kampf gegen die Krise.

## Heute Weltkonferenz der Gewerkschaften.

Die Ausdehnung und die ungeheure Schwerkraft der Weltwirtschaftskrise, deren erschreckender Ausbruch ein 25-Millionen-Heer von Arbeitslosen ist, läßt keinen Raum mehr für die Hoffnung, daß es einem einzelnen Lande gelingen könnte, sich aus der Umfriezung der Krise mit eigener Kraft zu lösen. Nur großzügige internationale Maßnahmen können eine Überwindung der Krise bringen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund, die über 14 Millionen Mitglieder umfassende größte Arbeiterorganisation der Welt, hat die Initiative ergriffen.

Diese notwendigen internationalen Lösungen vorzubereiten und namentlich alle auch außerhalb seiner Reihen stehenden Gewerkschaften zur Teilnahme an einer offiziellen internationalen Gewerkschaftskonferenz eingeladen.

Die Arbeitskonferenz in Genf erhält diesmal ein ganz besonderes Gepräge dadurch, daß diese Internationale Gewerkschaftskonferenz am 16. und 17. April in Genf abgehalten wird. Bedauerlicherweise hat sich der amerikanische Gewerkschaftsbund nicht dazu entschließen können, diese Konferenz zu besuchen. Trotzdem bleibt der Rahmen der Konferenz so groß, daß man fast von einer Weltgewerkschaftskonferenz sprechen könnte.

Neben den 28 dem IGB, angehörenden Ländern, darunter Kanada, Argentinien, Palästina und Südafrika, werden von Europa noch Norwegen und Island und von Übersee Australien, Neu-Seeland, Indien, Japan, China sowie mittel- und südamerikanische Länder.

durch Delegationen ihrer Gewerkschaften vertreten sein. Außerdem nahmen an der Konferenz eine große Anzahl der internationalen Berufssekretariate des IGB teil.

Der Rahmen der Konferenz, die im „Salle Communale de l'Hôtel de Ville“ in Genf zusammentritt, ist also außerordentlich weit gespannt. Die vom Vorsitzenden des IGB, P. M. Cistone, Großbritannien, geleitete Konferenz wird Wege weisen, die die Krise lindern und das Ausmaß der Weltarbeitslosigkeit beheben können.

In dem Bericht, den der Generalsekretär des IGB, W. Schevenels der Konferenz erstattet, wird die Stellung der organisierten Arbeiterklasse gegenüber Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit scharf herausgearbeitet werden. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht ferner die Frage der Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Forderungen und Anstrengungen der Gewerkschaften aller Länder mit dem Ziel der

### Stärkung und Verbreiterung der internationalen Aktionen im Kampf um Arbeitsbeschaffung, geschickte Einführung der 40-Stunden- oder 5-Tage-Woche und Sicherung des Lohnstandards.

Dadurch werden die in den verschiedenen Ländern bereits unternommen Schritte und Aktionen neuen Rhythmus und stärkere Förderung finden.

Die internationale Arbeiterbewegung laßt sich mit dieser Konferenz nordische Arbeit, der größte Erfolg zu wünschen ist. Die Regierungen und Wirtschaftsführer der Welt werden die Forderungen dieser Gewerkschaftskonferenz nicht unberücksichtigt lassen können.

## Sagt es ihnen!

### Warum SPD-Wähler zu Hitler laufen.

Es hat eine gewisse Senation gegeben, als bei der Wahl am 10. April sich herausstellte, daß eine wesentliche Anzahl der Wähler, die am 13. März für Thälmann gestimmt hatten, am 10. April Hitler ihre Stimme gegeben haben. In den Betrieben, wo einer den anderen launt und einer den anderen politisch und gewerkschaftlich zu beeinflussen bemüht ist, ist die Ueberredung erheblich geringer gemessen.

Da kennt man die Leute, die einstmals in einem gewerkschaftsfeindlichen Antidifferenzialismus beharrten oder sogar offen sich zu den Gelben bekannten und die nach der Revolution plötzlich ganz nach links liefen. Von diesen sind inzwischen wieder viele zu ihrer ersten Liebe zurückgekehrt, natürlich unter dem Schein des Revolutionarismus. Ein kommunistischer Abgeordneter hatte im Reichstag so ausgesprochen: „Die Unorganisierten sind hundertmal revolutionärer als die Organisierten.“

Mit solchen und ähnlichen Ausprüchen und Verufen hat die SPD den geistig Unsicheren und moralisch Schwankenden den Weg zu Hitler gebahnt. Es ist noch gar nicht so lange her, da mußten wir wissen, daß in einem Berliner Großbetrieb der Arbeiterratvorsitzende, der auf der Liste der KPD gewählt worden ist, namentlich der Spitzenkandidat der Nationalsozialisten in demselben Betriebe ist.

Wenn man die Gewerkschaftspolitik der KPD und der SPD miteinander vergleicht, so kann man feststellen, daß sie einander so ähneln, daß auch der Erzährene sie leicht miteinander verwechseln kann. Auch die politische Phrasologie der beiden Parteien, die beide gegen die Demokratie und für die Diktatur sind, ist so nah miteinander verwandt, daß es dem, dem es nur auf Phrasen ankommt, nicht schwer fallen kann, von der einen zur anderen Partei hinüber zu wechseln. Und es ist gewiß nicht das Komödianten, es sind gewiß nicht die Argumente der Gewerkschaften, die das Hinüberwechseln vom Kommunismus zum Sozialismus und umgekehrt etwa erschweren könnten. Wer seine Freude am Schlagring, am Revolver und am jessierenden Messer hat, wird sich in der KPD, ebenso wohl fühlen wie in der SPD.

Es gibt aber unter den bisherigen Anhängern der SPD, eheliche Sozialisten, die, meist ohne offiziell Mitglied der SPD zu sein, bei Wahlen einen kommunistischen Stimmzettel abgeben, in den Gewerkschaften „Opposition“ machen, weil sie ehrlich davon überzeugt sind, daß die KPD eine revolutionäre Partei ist. Es sind Arbeiter, denen an der Haltung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ihre Bedachtigkeit und Vorlicht mißfällt, dieses stets wache Bewußtsein der Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse, Gerade dieses Bewußtsein der Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse macht sie zum gefährlichsten Feind der gesamten Reaktion, zum Träger der Republik und zum unbeugsamen Verteidiger der demokratischen Freiheit.

Wie diese wesentlichen Merkmale einer wirklichen Arbeiterpartei fehlen der SPD, vollständig. Es ist die Aufgabe und die Pflicht unserer Genossen, in den Betrieben und in den Gewerkschaften in diesen entscheidenden Stunden vor der Preiswahl ihren Kollegen, die bisher kommunistisch gestimmt haben, diese Tatsache in Erinnerung zu rufen. Eine Partei, die als Ergebnis ihrer Agitation es umgekehrt bringt, daß in einer Entscheidungsschlacht ein großer Teil ihrer Anhänger zum Todfeind der Arbeiterklasse überläuft, hat damit das Recht vermerkt, sich als revolutionäre Arbeiterpartei aufzuspielen. Ihre hemmungslose Demagogie, ihre auf persönliche Verleumdung hingelenden bewussten Lügen sind nicht revolutionär, sondern unreaktionär. Sagt es ihnen!

### Brauerkonflikt beigelegt.

#### Der Angriff auf die 40-Stunden-Woche abgelehnt.

Der Arbeitszeitkonflikt in den Berliner Brauereien ist jetzt durch eine Verhandlung der Tarifgewerkschaften mit dem Verein Berliner Brauereien beigelegt worden. Die Zurücknahme der Massenkündigungen im Schülkei-Bogenhölzer-Konzern und in der Bögym-Brauerei hatte die Organisation der Brauereibesitzer in eine peinliche Si-

tuation gebracht. Für etwa die Hälfte der Berliner Brauereiarbeiter war durch die Zurücknahme ihrer Kündigungen das Arbeitsverhältnis gegenstandslos geworden.

Anstatt nun aber aus dem Scheitern des Vorstoßes gegen die 40-Stundenwoche die vernünftige Konsequenz zu ziehen und auch die übrigen Brauereien anzunehmen, die praktisch bereits hinfällig gewordenen Belegschaftskündigungen ebenfalls zurückzuziehen, hat sich der Verein Berliner Brauereien durch eine geradezu lächerliche Erklärung gegenüber seinen Mitgliedern und den Gewerkschaften aus der Pflicht gezogen. Zur Zurücknahme der Kündigung des Kurzarbeitsabkommens, die zum 12. April ausgesprochen war, hat er sich ebenfalls bereit erklärt, wie dazu, die Betriebe, die noch nicht die Belegschaftskündigungen rückgängig gemacht haben, zur Zurücknahme dieser Kündigung zu verpflichten. Aber, fügt die Brauereien hinzu, sie seien bereit, „von einer anderweitigen Einstellung der Bierzeitstundenwoche zunächst abzusehen“. Weiter wird die Verpflichtung zu Verhandlungen mit den Gewerkschaften für den Fall anerkannt, daß entweder der Verein der Brauereien oder eine ihm angegliederte Brauerei diese „anderweitige Einstellung“ vorzunehmen beabsichtigt.

Die Spitzenfunktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Berliner Brauereiarbeiter nahmen gestern abend in einer stark belustigten Konferenz im Gewerkschaftshaus zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung. Mit Befriedigung wurde festgestellt, daß es den Organisationen gelungen ist, das Arbeitsverhältnis der Brauereibesitzer abzuwehren. Die Funktionäre brachten wiederholt zum Ausdruck, daß sie auch in Zukunft alle Kräfte aufbieten werden, um die Wiedereinstellung des Bierzeitstundenabkommens zu verhindern.

### Bauschiedspruch abgelehnt.

#### Von beiden Parteien.

Der vor kurzem gefällte Schiedspruch für das Berliner Baugewerbe, der eine neue Lohnsetzung von 10 Proz. ab 1. Mai vorsieht, ist von den Arbeitern und den Unternehmern abgelehnt worden. Die Ablehnung durch die Arbeiter ist ohne weiteres einleuchtend. Die Unternehmer haben abgelehnt, weil ihnen der Lohnabbau noch nicht weit genug geht, die Baudauer zu lang ist und schließlich, weil sie hoffen, von den Tarifstößen ganz loszukommen.

### Abwehr trotz Krise.

#### Herausforderung seitens der Buchdruckunternehmer.

Im Berliner Buchdruckgewerbe hat sich das erste Quartal 1932 durch Generalangriffe der Unternehmer auf die Arbeitsbedingungen und Löhne in den meisten Betrieben ausgezeichnet. Zum größten Teil konnten die Angriffe aber abgewehrt werden. Bei den Randtarifverhandlungen lehnten die Unternehmer ihre Angriffe fort. Sie stellten Anträge, die eine Herausforderung für die Buchdruckereiarbeiter bedeuteten, so daß die Verhandlungen scheiterten und bis zum 16. April vertagt werden mußten. Verhängend wirkte die gleichzeitige Kündigung des Lohntarifs.

Der Gau Berlin des Buchdrucker-Bandes zählte am Schluß des Quartals 15.730 Mitglieder. Allein in diesem Vierteljahr wurden 95 Mitglieder imwilde. Die Zahl der Arbeitslosen betrug trotz der Botschaften 6519. Für Ausgesteuerte und Gemahregelte wurden im ersten Quartal 139.000 Mark ausgegeben. Mit der Firma Hülstein ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach je 60 junge, arbeitslose Buchdrucker nach den Anweisungen des Verbandes in der Schule der Firma einen vierteljährlichen Kursus durchmachen. Es haben sich dafür freiwillig Arbeitslose gemeldet. Der Verbandsvorstand hat mit Zustimmung aller Gauenstände den in diesem Jahre falligen Verbandstag auf Anfang 1933 verlegt.

Diese Mitteilungen lagen dem Bericht des Gauenführers Braun in der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker am Donnerstag im Gewerkschaftshaus zugrunde. Braun berichtete eingehend über die Tarifverhandlungen und kritisierte dabei scharf das Vorgehen der Unternehmer. Der Redner wies ferner auf die Notwendigkeit der Bildung der Eisernen Front hin

und ernannte die Buchdrucker, am 24. April für die folgende Generalversammlung der Berliner Buchdrucker zu stimmen.

Über den Artikelangriff der freien Gewerkschaften berichtete Bierath. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, daß die gesamte Arbeiterklasse des Buchdruckgewerbes verpflichtet sei, an der Verwirklichung der Beschlüsse des Kongresses mitzuwirken. Nach längerer Aussprache wurde eine kommunikativen Entschließung abgelesen, die unbeschreibliche Maßnahmen zu den Tarifverhandlungen forderte. Zur Frage der Parteifreiheit wurde gegen wenige kommunistische Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„In Anerkennung des Grundgesetzes, daß die würdige Form der Kämpfe die ständige Arbeit ist, verpflichtet die Generalversammlung, trotz der vom Gauenstand geltend gemachten Bedenken, alle Berliner Kollegen, vom 1. Mai 6 Uhr früh, bis 2. Mai, 6 Uhr früh, die Arbeit ruhen zu lassen.“

Der 1. Mai fällt in diesem Jahre bekanntlich auf einen Sonntag. Durch den vorstehenden Beschluß wird das Erscheinen von Montagfeiern unterbunden, die in der Sonntagsgemietung einigen Ausschüssen wegen verbandsschädigenden Verhaltens mit großer Mehrheit zu-

### GDV. und Hugenberg.

#### Wer ist in der Lohnpolitik reaktionärer?

In der Druckerei des GDV, der Volksg. m. b. H. am Schiffbauerdamm, wird seit einigen Wochen eine Lohnpolitik verfolgt, die mit den gewerkschaftlichen Grundregeln, die von dieser Friedrich-Dunderschen Angestelltenorganisation in der Öffentlichkeit sonst vertreten werden, schlecht vereinbar ist.

Die Druckerei beschäftigt etwa 225 Buchdrucker, Setzer und sonstige graphische Arbeiter und Arbeiterinnen, die fast ausnahmslos freigewerkschaftlich organisiert sind. Vor einigen Wochen stellte die Geschäftsleitung an die Belegschaft das Ansinnen, in einem 50prozentigen Abbau der überbetrieblichen Zulagen einzuwilligen, sowie in eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 45 Stunden wöchentlich für diejenigen Arbeiter, die auf Grund besonderer betrieblicher Abmachungen bisher immer nur 43 Stunden gearbeitet haben. Nach der Zurückweisung dieses Ansinnens durch die Belegschaft erfolgte deren Kündigungsbescheid, der aber wieder zurückgenommen wurde, als sie in Wirkung trat.

In der darauffolgenden Woche wiederholte die Geschäftsleitung diesen Vorstoß, wobei sie allerdings ihre Forderung auf 35 Prozent Abbau der überbetrieblichen Zulagen „ermäßigte“, hinsichtlich der Verlängerung der Arbeitszeit aber bei ihrer ersten Forderung beharrte. Die zwischen dem Betriebsrat und den Vorstandsmitgliedern des GDV gepflogenen Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts führten zu keiner Annäherung. Die Belegschaft verhielt sich natürlich auch den neuen Abbauforderungen gegenüber ablehnend.

Gestern, Freitag, hat nun die Geschäftsleitung, offenbar um die Belegschaft allmählich müde zu machen, 18 Mann gekündigt, worauf der übrige Teil der Belegschaft mit der Gegenkündigung geantwortet hat. Scharf Kündigungen, die von der Geschäftsleitung und die von der Belegschaft ausgesprochenen, werden am Freitag nächster Woche wirksam. Es blüht abzuwarten, ob es der Vorstand des GDV, dem die Druckerei gehört, zu einem offenen Konflikt in diesem Unternehmen kommen läßt. Auch dem GDV dürfte es bekannt sein, daß ein ähnlicher Konflikt vor kurzem zum Beispiel in der Firma Scherl beigelegt worden ist. Der bei Scherl veranbarte Abzug der überbetrieblichen Zulagen betrug im Höchstfalle 12 1/2 Prozent. Will der GDV, etwa den Reaktionsärzten Hugenberg noch überbieten?

### Einigung im Brüger Bergarbeiterstreik.

Am Freitag kam es nach mehrtägigen Verhandlungen im Prager Arbeitsministerium zu einer Einigung im Brüger Bergarbeiterstreik.

Die wichtigsten Bestimmungen des Einigungsprotokolls sind: Die Einstellung des Betriebes der Grube „Humboldt“ wird bis Ende 1932 vertagt. Neue Bergarbeiter werden grundsätzlich nicht aufgenommen. Die Zahl der Arbeiter wird nur durch natürlichen Abgang, wie Tod, Pensionierung und dergleichen herabgesetzt. Bis Ende 1932 darf der Stand der Belegschaft nur dann in großem Umfang herabgesetzt werden, wenn eine Schicht nicht einmal drei Tage in der Woche voll beschäftigt ist. Die endgültige Entscheidung über solche Entlassungen trifft das Bergamt. Den streikenden Arbeitern wird ein Generalpardon gewährt, von dem nur solche Arbeiter ausgeschlossen sind, die sich am 18. April nicht zur Arbeit melden, oder die sich grobe Gewalttätigkeiten haben zuschulden kommen lassen.

Die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber erklärten sich mit diesen Bedingungen einverstanden, die Kommunisten verweigerten die Unterzeichnung. Am Sonntag finden geforderte Beratungen der einzelnen Bergarbeiterverbände statt, von denen die Genehmigung des Vertrages und die Einstellung des Streiks abhängt.

Achtung, erwerbslose Holzarbeiter! In der Tischlerstraße Stichmannstraße finden vom 18. April bis 30. Juni unentgeltliche Kurse im Zeichen sowie in der Kalkulation statt. Werbung bereits täglich von 8 bis 12 Uhr und von 5 bis 7 Uhr.

### SPD-Metallarbeiter!

Montag, 19. Mr. 1932, 12. April, Kaiser-Wilhelm-Platz, 11. Versammlung aller SPD-Metallarbeiter. Tagesordnung: 1. Beschäftigung im Generalstreik. 2. Abkündigung des Antrags der Gewerkschaften. 3. Beratung der Anträge. 4. Beschäftigung zum Beschäftigen. 5. Beschäftigung zum Beschäftigen. 6. Beschäftigung zum Beschäftigen. Mitglieder der Partei und des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind am Freitagabend 20. April im Reichstagsgebäude.

### Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonntag, 18. April, finden folgende Veranstaltungen statt: Besprechung: 10 Uhr. Besprechung: 10 Uhr. Besprechung: 10 Uhr. Besprechung: 10 Uhr.

### Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Unter Leitung von 18. April, finden folgende Veranstaltungen statt: Besprechung: 10 Uhr. Besprechung: 10 Uhr. Besprechung: 10 Uhr.

Geld in Massen — auch für Sie durch die Klassenlotterie

über 14 Millionen RM Gesamtgewinn

ZIEHUNG DER 1. KLASSE AM 22. UND 23. APRIL 1932

39. PREUSSISCH-SÜDDEUTSCHE KLASSENLOTTERIE